Bezugsgebühr:
Wöchentlich 2 Mk. 60 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Wochentags 3 Uhr. Sonn- und Montags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Osterdüten Osterhasen Ostereier
in schönsten Mustern und vorzüglichster Auswahl.
21 Am See **Oscar Fischer.** Am See 21

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten Pariser, sowie eigner Modellhüte vornehmen Stils, in anerkannt mustergültiger Ausführung.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in PARIS.

Feinschmecker u. Kenner essen nur CHOCOLAT Cailler

Adressmappen, Ehrengaben
Extra-Anfertigungen
Adolf Näter, Pragerstrasse No. 26
Fabrik feiner Lederwaaren.

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher u. englisch. eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Hermann Pörschel,** Schefflelstrasse 19.

Reichstagsferien.

Der Reichstag und seine wichtigste Kommission, die Zolltarifkommission, sind in die Osterferien gegangen, und, wie es bei parlamentarischen Ruhepausen üblich ist, zieht man jetzt das Facit dessen, was bisher von der deutschen Volksvertretung in dem gegenwärtigen Abschnitt der laufenden Tagung geleistet worden ist. Das Plenum des Reichstags hat sich überwiegend rednerisch bethätigt; es ist ungeheuer viel gesprochen und herzlich wenig positive gesetzgeberische Arbeit verrichtet worden. Seit dem 26. November ds. J., an dem der vertagte Reichstag seine Thätigkeit wieder aufnahm, sind zwar nicht weniger als 68 Plenarsitzungen abgehalten worden, aber erledigt wurden außer dem Etat nur einige Gesetzentwürfe von untergeordneter Bedeutung, wie das Gesetz über den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens und die Strandungsordnung. Die 68 Plenarsitzungen haben, von etlichen Ausnahmen abgesehen, fast nur dazu gedient, dem Redebedürfniß einiger weniger Abgeordneten zu fröhnen, während sich die große Mehrheit der Reichstagsmitglieder den Plenarverhandlungen mit grundsätzlicher Beharrlichkeit fern gehalten hat. Die Vielrednerei wird im Reichstage fortdauern, so lange es nicht gelingt, die deutsche Volksvertretung wieder auf die Höhe ihres Berufs und der Aufgabe emporzuführen, der unverfälschte Ausdruck der öffentlichen Meinung, der treue Dolmetsch der Volksstimmungen zu sein. Was zur Zeit im Reichstage geredet wird, geht selten hinaus über das Interesse politischer Coterien, und der parlamentarische Marasmus ist bereits so weit gediehen, daß sich selbst liberale Blätter dem Geständniß nicht mehr entziehen können, eine Volksvertretung bestehe gegenwärtig überhaupt nicht. Man muß der „Nat.-Ztg." zustimmen, wenn sie konstatirt, daß unter dem Namen des Reichstags eine aus 30 bis 40 Mitgliedern bestehende parlamentarische Bureaukratie in den Kommissionen die Geschäfte erledigt, während das Plenum mit seinen durchschnittlich 30 bis 40 Theilnehmern einen Debattirklub darstellt, der nach der Geschäftsordnung des Reichstagsplenums verfährt, aber keineswegs auch nur als solches im verjüngtesten Maßstabe gelten kann, weil es der reine Zufall ist, wenn in ihm einmal die Fraktionen des Hauses im Verhältniß ihrer wirklichen Stärke anwesend sind; der Zufall kann es fügen, daß in einer Sitzung eine sozialdemokratische, in einer anderen eine klerikale oder konservative Mehrheit vorhanden ist. Unter den liberalen Rezepten, die zur Abstellung der Mißstände auf parlamentarischem Gebiete auftauchen, findet sich freilich nicht ein einziges, das ernsthaft diskutirt werden kann. In dem begreiflichen Mißmuth über den Unfug der freisinnigen und sozialdemokratischen Dauerredner gelangt die „Köln. Ztg." zu dem Vorschlage, daß das Haus, sobald ein Redner eine halbe Stunde geredet hat, vom Präsidenten befragt werden müsse, ob es die Fortsetzung einer Rede zulassen will. Es liegt auf der Hand, daß die Konsequenzen einer solchen Maßnahme so entwürdigende sein müßten, daß der Reichstag noch unter das Niveau von Ansehen und Autorität herabgleiten würde, auf dem er sich bereits befindet.

Das Schwergewicht des parlamentarischen Interesses lag in den Verhandlungen und den Beschlüssen der Zolltarifkommission. Sie hat vom 9. Januar bis zum Beginn der Ferien 37 Sitzungen abgehalten, in denen das Zolltarifgesetz, insbesondere die Minimal- und Maximalsätze für Getreide, und 39 Nummern des Zolltarifs (3 bis 43) selbst, der insgesammt 946 Positionen umfaßt, erledigt worden sind. Die Hauptarbeit hat also die Kommission noch vor sich. Das Ende der ersten Lesung, wenn das bisherige Verhandlungstempo beibehalten wird, ist kaum abzusehen, und überdies soll der ersten eine zweite Lesung folgen, deren Hauptaufgabe es sein würde, ein Kompromiß zwischen den Regierungen und der Kommissionsmehrheit herbeizuführen. Vorläufig klafft fast allenthalben noch ein scheinbar unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Kommissionsbeschlüssen und dem Regierungsstandpunkte, den die Vertreter des Bundesraths von vornherein als einen schlechthin unantastbaren und unabänderlichen in der Kommission festgelegt haben. Alle wichtigen Beschlüsse, durch welche die schutzzöllnerische Mehrheit der Kommission über die Regierungsvorlage hinausgegangen ist, sind von den Regierungen mit dem Verdict „Unannehmbar" belegt worden. Das gilt zunächst von den drei Aenderungen, die an dem Tarifgesetze vorgenommen worden sind, von der Forderung der Einführung von Ursprungszeugnissen für alle Waarengattungen, hinsichtlich deren verschiedene Tarife für Vertragsstaaten und andere Staaten bestehen, von dem Wegfall der Kommunalabgaben auf Lebensmittel nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs und der Erhöhung der Mindestzölle für Getreide, und zwar für Roggen, Weizen und Hafer um 50 Pfennige und für Gerste um 2,50 Mark höher, als der Regierungsentwurf vorschlägt. Den auf die Erhöhung der Getreidezölle bezüglichen sogenannten Kompromißbeschluß der Kommissionsmehrheit haben die Regierungsvertreter mit besonderem Nachdruck als „unannehmbar in allen Stadien der Verhandlung" bezeichnet. Aber auch bei den bisherigen Kommissionsverhandlungen über die einzelnen Positionen des Tarifs ergiebt sich als wesentlicher Effekt ein mehr oder weniger schroffer Widerspruch zwischen der Auffassung der Kommissionsmehrheit und derjenigen der Regierungen. Abweichend von der Regierungsvorlage sind folgende Zollsätze von der Kommission beschlossen worden: den Zoll für Buchweizen will die Regierung von 2 auf 3,50 Mark erhöhen; die Kommission beschloß einen Zollsatz von 5 Mark. Mais will die Regierung mit 4 Mark statt bisher 1,60 Mark verzollen; die Kommission nahm einen Zollsatz von 5 Mark an. Malz will die Regierung statt gegenwärtig mit 3 Mark mit 6,25 Mark und 9 Mark verzollen: die Kommission nahm einen Zollsatz an für Malz aus Gerste von 10,25 Mark, für anderes Malz von 11 Mark. Für Raps will die Regierung den Zollsatz von 2 auf 3 Mark erhöhen; die Kommission nahm eine Erhöhung auf 5 Mark vor. Kartoffeln sind zollfrei und sollten es auch nach der Vorlage bleiben. Die Kommission führt einen Zoll von 2,50 Mark ein auf die zwischen dem 15. Februar und dem 31. Juli eingeführten Kartoffeln. Für Hopfen will die Regierung den Zoll von 14 auf 20 Mark erhöhen, die Kommission erhöhte den Zoll auf 70 Mark und für Hopfenmehl auf 100 Mark. Gemüse ist zollfrei und sollte auch nach der Vorlage zollfrei bleiben. Die Kommission beschloß, für Kohl einen Zoll von 2,50 Mark, für anderes Gemüse von 4 Mark und für gewisse Gemüsesorten von 20 Mark einzuführen. Für die bisher zollfreien, zubereiteten Champignons will die Regierung einen Zoll von 10 Mark einführen. Die Kommission erhöhte diesen Zollsatz auf 50 Mark. Lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei gingen bisher zollfrei ein. Die Regierung will nur Zölle einführen für Lorbeerbäume und Cycaswedel. Für Cycaswedel verlangt die Regierungsvorlage einen Zoll von 20 Mark. Die Kommission erhöhte den Zollsatz auf 250 Mark.

Die Zolltarifkommission hat sich bis zum 8. April vertagt. Bis zu ihrem Wiederzusammentritte dürfte schwerlich eine Klärung erfolgen, so daß man alsdann deutlicher als jetzt zu ersehen vermag, zu welchem Ausgange die weiteren Kommissionsverhandlungen führen werden. Die grundsätzlichen Gegner des Zolltarifs glauben schon jetzt triumphiren zu können, und das Hauptorgan der Sozialdemokratie preist es bereits als eine unerschütterlich feststehende Thatsache, daß die Wähler Gelegenheit haben werden, ihr Urtheil über die Zollfrage zu sprechen. Noch in der letzten Kommissionssitzung hat die Aeußerung eines Regierungsvertreters, die dazu angethan war, den Gegensatz zwischen der Mehrheit der Kommission und den Regierungen noch ganz unnütz zu verschärfen, das Entzücken der Opposition erregt. Der Staatssekretär des Aeußeren von Richthofen glaubte sich bei der Beschlußfassung über den Gemüsezoll, den er für unannehmbar erklärte, die Drohung leisten zu müssen, die Regierungen würden gegebenen Falls auch gegen die Beschlüsse der Kommission neue Handelsverträge abschließen. Der Staatssekretär scheint zu übersehen, daß Handelsverträge unter allen Umständen der Zustimmung des Reichstages bedürfen. Würde sich nun die Reichstagsmehrheit auf den Standpunkt der Kommissionsmehrheit stellen, dann könnten die Regierungen neue Handelsverträge nicht abschließen. Oder sollte Herr von Richthofen mit der erwähnten sozialdemokratischen Thatsache rechnen, daß der neue Reichstag über die neuen Handelsverträge entscheiden wird? Dann würde er für die neuen Handelsverträge, die gegen die Beschlüsse der Zolltarifkommission abgeschlossen werden sollen, auf die Unterstützung der Sozialdemokratie und des Freisinns rechnen müssen. Es ist ein sehr mildes Urtheil, wenn man das Vorgehen des Herrn Staatssekretärs des Aeußeren als blos taktisch ungeschickt charakterisirt. Herr von Richthofen hätte besser gethan zu schweigen, und sich eine neue Auflage des Fiaskos zu ersparen, das er sich mit seiner letzten Rede im preußischen Abgeordnetenhause zugezogen hat, in der er dem deutschen Volke zuzumuthen wagte, es solle um der Empfindlichkeit Albions willen Trauer und Mitgefühl heucheln, so oft den Engländern in Südafrika gründlich das Fell gegerbt wird, während es doch hierüber aufrichtige Herzensfreude und sittliche Genugthuung empfinden muß, wenn es nicht an sich selber schnöden Verrath üben will.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. März.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Kultus-Etats fort und erledigte zunächst das Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen". Bei der Position „Höhere Mädchenschulen" erklärte Kultusminister Dr. Studt, daß die Unterrichtsverwaltung gegenüber der Bewegung betreffend das Frauenstudium eine abwartende Haltung einnehme, diese Bewegung aber mit der größten Aufmerksamkeit verfolge. Die Reform der höheren Töchterschulen werde von der Verwaltung sorgfältig erwogen. Die Regierung erblicke ihre Aufgabe bei der Erziehung der Mädchen darin, die ideale Stellung der deutschen Frau zu erhalten. Die Debatte drehte sich im Uebrigen um die Frage, wie weit den Anforderungen der Bewegung hinsichtlich des Frauenstudiums nachzugeben sei. Dann begann die Berathung des Kapitels „Kunst und Wissenschaft", wobei sich verschiedene Redner für Maßnahmen aussprachen zu dem Zwecke, den weiteren Schichten des Volkes die Kunstschätze zugängig zu machen: Oeffnung der Museen, am Abend Führungen usw. Die Verhandlung wurde in einer Abendsitzung fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Rückzug der fremden Truppen aus China wird von zuverlässiger Seite mitgetheilt: Die chinesische Regierung stellt durchaus in Abrede, daß sie offiziell oder inoffiziell irgendwelche Verhandlungen wegen schleuniger Räumung Tientsins und Shanghais von fremden Truppen begonnen habe, da sie der Ansicht ist, daß dies zu keinem Resultat eher führen würde, als bis mindestens eine Beendigung der Peiho-Regulirung abzusehen ist. Alle Verhandlungen über eine etwaige Beschleunigung des Abzugs fremder Truppen aus China haben bisher einzig und allein zwischen den betheiligten Großmächten bezw. deren Vertretern stattgefunden, ohne irgendwelche Betheiligung der chinesischen Regierung. — Die „Nat.-Ztg." hält ihre Angaben, wonach der deutsche Reichskanzler Graf Bülow in sehr entschiedener Weise von dem Unternehmen der nach Paris geplanten Studentenfahrt abgerathen habe, Anzweiflungen gegenüber aufrecht. — Der Sohn Anton v. Werner's, Fähnrich an der Marine-Akademie, ist bei einer Bootfahrt im Kieler Hafen ertrunken. — Zu den amerikanischen Verhandlungen unserer Großrhedereien wird berichtet, daß nach der zwischen Morgan einerseits und den Herren Ballin und Wiegandt andererseits abgeschlossenen Konvention sich Morgan verpflichtet, während der Zeit des Vertrages keinen Einfluß auf die deutschen Linien selbst nicht durch Kauf von Aktien auszuüben, während die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd ihrerseits einen ebensolchen Verzicht in Bezug auf englische mit Morgan liirte Rhedereien zusichern. — Die Verwaltung der Mathildenhütte schlägt 4 Prozent Dividende gegen 12 Prozent im Vorjahre vor.

Kiel. Die Blätter veröffentlichen eine Ordre des Kaisers, datirt Berlin, 1. März 1902: Nachdem durch eingehende Versuche, die militärische Brauchbarkeit des Funken-Telegraphen-Systems Slaby-Arco erwiesen ist, bestimme Ich, daß dieses System an Bord Meiner Kriegsfahrzeuge, wie auch bei den Küsten-Signalstationen bis auf Weiteres ausschließlich Verwendung finden soll. Wilhelm, I. R.

Kiel. Die Kaiserin, Prinzessin Heinrich, sowie die Prinzen Adalbert und Joachim, welche das Panzerschiff „Kaiser Wilhelm II." kurz vor der Losmachung verlassen hatten, beobachteten von der Barbarossabrücke aus das Auslaufen des Schiffes. Bald darauf kehrte die Kaiserin mit dem Prinzen Joachim nach Berlin zurück.

Kiel. Das Schulschiff „Stein" ist gegen 2 Uhr Nachmittags von seiner Auslandsreise zurückgekehrt. Das Schiff salutirte der Standarte des Kaisers.

Kiel. (Priv.-Tel.) Fregattenkapitän Reitzke hat den Abschied erhalten. Er ist weiteren Kreisen durch die Bestrafung, die ihm vom Kaiser zu Theil wurde, weil er mit der von ihm befehligten „Gazelle" versehentlich eine Ruderbootwettfahrt gestört hatte, und durch die angeblich seiner Strenge zuzuschreibenden Ausschreitungen von Matrosen der „Gazelle" bekannt geworden.

Flensburg. Das hiesige Landgericht erklärt die am 18. Januar d. J. von der Verwaltungsbehörde erfolgte Ausweisung des Hofbesitzers Christian Finnemann aus Taarning, der auf Grund des Artikels 19 des Wiener Friedensvertrages im Jahre 1866 zum ersten, und im Jahre 1870 für Dänemark zum zweiten Mal optirte, unbeschadet einer späteren Widerrufung seiner Optirungs-Erklärung, für rechtsgiltig und bestätigte die vom Schöffengericht in Hadersleben ihm wegen unerlaubter Rückkehr nach dem preußischen Staatsgebiete auferlegte Haftstrafe von vier Tagen.

Bochum. (Priv.-Tel.) Auf vielen Zechen des Ruhrgebiets fanden umfangreiche Kündigungen statt; außerdem wurden Lohnreduktionen vorgenommen.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Halbzeugverband theilte den Werken mit, daß die Ausfuhrvergütung endgiltig auf 10 Mk. pro Tonne festgesetzt wurde. Der bisherige Satz von 15 Mk. gelangt nur auf die thatsächlich bis Ende März ausgeführten Mengen zur Anwendung. Die am 1. April bestehenden Verträge fallen unter die für das zweite Quartal festgesetzten Bestimmungen.

Kassel. Der in dem Prozeß gegen den Aufsichtsrath der Trebertrocknungsgesellschaft als Zeuge vernommene Kaufmann Georg Christian Schäfer wurde heute von der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen fortgesetzter Erpressung, begangen an dem Kaufmann Schlegel, früher stellvertretendem Vorsitzenden der Trebertrocknungsgesellschaft, zu neun Monaten Gefängniß und zwei Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung verurtheilt. Schlegel hatte sich seit 1897 zur jährlichen Zahlung von zuerst 2000, dann 3000 Mark an Schäfer bereit gefunden, um damit dessen Schweigen über seine Vorstrafen zu erlangen.

Kassel. (Priv.-Tel.) Im Konkurs der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung sind bis jetzt 1550000 Mk eingegangen. Die Konkursdividende von ¾ Prozent auf 827256 Mk. berechtigte und 168 Millionen nicht berechtigte Forderungen wird nach Ausgang des auf den 25. März einberufenen letzten Prüfungstermins ab August zur Auszahlung gelangen.

Koburg. Gestern Abend versuchte der Lackirer Krätzschmar aus Leipzig an seiner Wirthin, deren Ehemann ausgegangen war, ein Sittlichkeitsverbrechen zu begehen. Als die Frau um Hilfe schrie, flüchtete der Thäter in die Schlafkammer und öffnete sich die Pulsadern. Krätzschmar, der schwer verletzt ist, hat die That vermuthlich in einem Anfalle von Geistesgestörtheit begangen.

Gera. (Priv.-Tel.) Das Schwurgericht verurtheilte nach dreitägiger Verhandlung die Restaurateurs-Ehefrau Scherre, welche ihren Ehemann durch Gift zu ermorden versuchte, wegen schweren Mordversuchs zu drei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust.

Halle. (Priv.-Tel.) Eine Konferenz der mitteldeutschen Kohlenwerke findet Anfang April hier statt. Es soll über eine allgemeine Lohnreduktion, sowie event. Anschluß an das neu zu bildende sächsische Kohlensyndikat Beschluß gefaßt werden.

Halle. (Priv.-Tel.) Die Halle'sche Dampfkessel- und Maschinenfabrik Wuth u. Diedrich trat in Liquidation. Die Fabrik beschäftigte mehrere Hundert Arbeiter.

München. (Priv.-Tel.) Im Befinden des erkrankten Kammersängers Franz Nachbaur ist eine entscheidende Wendung zum Schlimmen eingetreten, die stündlich das Ende erwarten läßt.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Sohn des Troja-Forschers Schliemann überfuhr gestern auf dem Boulevard Porte Royal mit seinem Automobil den bretonischen Dichter und Redakteur des „Journal officiel", Quellien, der sofort mit zerschmettertem Haupte liegen blieb. Die Menge wollte Schliemann lynchen, was die Polizei nur schwer verhindern konnte.

Rom. Der Papst empfing heute den Generaloberst Freiherrn v. Loë in Abschiedsaudienz. Freiherr v. Loë tritt übermorgen die Rückreise an.